

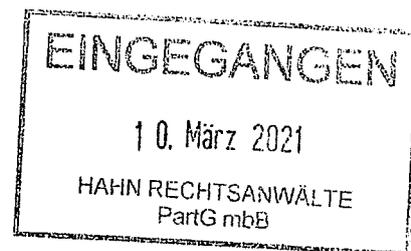
Aktenzeichen:
14 O 623/20



Landgericht Stuttgart

Im Namen des Volkes

Urteil



In dem Rechtsstreit

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Hahn Rechtsanwälte PartG mbB**, Marcusallee 38, 28359 Bremen, Gz.:
028164-20

gegen

Daimler AG, vertreten durch d. Vorstand, d.v.d.d. Vors. Ola Källenius, Mercedesstraße 137,
70327 Stuttgart

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gleiss Lutz**, Lautenschlagerstraße 21, 70173 Stuttgart, Gz.: 61490-20
EWf/ALe/BKf

wegen Schadensersatzes u.a.

hat das Landgericht Stuttgart - 14. Zivilkammer - durch die Richterin am Landgericht Möser als Einzelrichterin aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 15.01.2021 für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 34.336,20 € nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 13.11.2020 abzüglich eines weiteren auf die zweite Nachkommastelle gerundeten Betrages für jeden über 62.599 km hinaus zum

Zeitpunkt der Rückgabe des Fahrzeugs gefahrenen Kilometers multipliziert mit dem Faktor 0,18322 €/km zu zahlen Zug um Zug gegen Übergabe und Übereignung des Fahrzeugs Mercedes-Benz GLK 220 CDI 4MATIC, FIN: WDC

2. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin weitere 1.474,89 € vorgerichtliche Kosten nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 13.11.2020 zu zahlen.
3. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme des Fahrzeugs gemäß Ziff. 1 in Annahmeverzug befindet.
4. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
5. Von den Kosten des Rechtsstreits haben die Klägerin 35 % und die Beklagte 65 % zu tragen.
6. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für die Klägerin jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags. Die Klägerin kann die Vollstreckung der Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrags abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags leistet.
7. Der Streitwert wird auf bis zu 43.000,00 € festgesetzt.

Tatbestand

Die Klagepartei begehrt Schadensersatz wegen behaupteter unzulässiger Abschaltvorrichtungen in einem von ihr gekauften und von der Beklagten hergestellten Kraftfahrzeug.

Die Klagepartei erwarb am 06.03.2014 von der Beklagten das Neufahrzeug Mercedes-Benz GLK 220 CDI 4MATIC zum Preis von 45.805,78 €.

Für das streitgegenständliche Fahrzeug wurde ein sogenanntes freiwilliges Serviceupdate angeboten und bereits aufgespielt.

Die Abgasrückführung wird beim streitgegenständlichen Fahrzeug unter anderem temperaturabhängig gesteuert.

Mit vorgerichtlichem Rechtsanwaltsschreiben vom 20.02.2020 forderte die Klagepartei die Beklagte zum Schadensersatz auf.

Die Klagepartei hat die Anfechtung des Kaufvertrages und den Rücktritt vom Kaufvertrag erklärt.

Die Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben.

Die Klagepartei trägt vor, dass sie die Finanzierung vollständig bedient habe und das Fahrzeug als Sicherheit freigegeben worden sei, sowie dass die NOx-Emissionen beim streitgegenständlichen Fahrzeug lediglich auf dem Prüfstand optimiert werden durch eine prüfstandsbezogene Steuerung der Kühlmittel-Solltemperatur mit unterschiedlichen AGR-Kennfeldern.

Die Klagepartei befürchtet, dass durch das Update die Langlebigkeit von bestimmten Fahrzeugkomponenten beeinträchtigt werde oder zu einer Hardware-Nachrüstung verpflichtet zu werden.

Die Klagepartei beantragt:

1. Die Beklagte zu verurteilen, an die Klagepartei 45.805,78 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit, Zug um Zug gegen Übereignung und Herausgabe des Fahrzeugs Mercedes GLK 220 CDI, FIN _____, zu zahlen, unter Anrechnung einer Nutzungsent-schädigung in Euro pro gefahrenem km seit dem 23.05.2014, die sich nach folgen-der Formel berechnet:
 $(45.805,78 \text{ €} \times \text{gefahrne Kilometer}) : 400.000 \text{ km}.$
2. Die Beklagte weiter zu verurteilen, an die Klägerin die außergerichtlichen Rechtsan-waltskosten in Höhe von 1.954,46 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.
3. Festzustellen, dass sich die Beklagte mit der Rücknahme des Pkws der Klägerin Mercedes GLK 220 CDI, FIN _____ in Annahmeverzug befindet.
4. Festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, an die Klägerin Schadensersatz für

Schäden, die aus der Ausstattung des Fahrzeugs Mercedes GLK 220 CDI, FIN
....., mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung resultieren, zu zahlen.

5. Die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten p.a. über dem jeweiligen Basiszinsatz auf einen Betrag von 45.805,78 € vom 31.05.2014 bis zur Rechtshängigkeit zu zahlen.

Die Beklagte beantragt:

Die Klage wird abgewiesen.

Die Beklagte trägt vor, dass bei niedrigen Temperaturen die Abgasrückführung zu Schäden am Motor führen könne.

Auf Frage, welche Funktionen abhängig von welchen Parametern mit dem Update beseitigt oder geändert werden sollen, führte die Beklagte aus, dass unter anderem bei niedrigen Temperaturen die AGR-Raten erhöht würden. Zudem werde ein AGR-Kühler-Bypass-Monitoring eingesetzt. Auf die Ausführungen der Beklagten hierzu (Bl. 80 f. der Akte) wird Bezug genommen.

Ergänzend wird auf die Schriftsätze der Parteien nebst Anlagen sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

A)

Der Klage ist zulässig und teilweise begründet.

I.

Die Klagepartei hat Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises unter Anrechnung einer Nutzungsentschädigung und Rückgabe des Fahrzeugs im Sinne eines Vorteilsausgleichs.

Die Beklagte haftet wegen der behaupteten Prüfstanderkennung und Optimierung der Emissionen lediglich auf dem Prüfstand gemäß §§ 826, 31 bzw. 831, 249 BGB auf Schadensersatz in Form der Rückgängigmachung des Kaufvertragsabschlusses, denn das Bestreiten der Beklagten ist insoweit unbeachtlich.

1.

Der Entscheidung ist die von der Klagepartei behauptete Optimierung der NO_x-Emissionen auf dem Prüfstand zugrunde zu legen.

a)

Die Behauptung einer solchen Motorsteuerungsfunktion durch die Klagepartei ist weder unsubstantiiert noch als Vortrag ins Blaue hinein unbeachtlich.

Der Pflicht zur Substantiierung ist nur dann nicht genügt, wenn das Gericht aufgrund der Darstellung nicht beurteilen kann, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der an eine Behauptung geknüpften Rechtsfolgen erfüllt sind, vgl. BGH, Beschluss vom 09. Februar 2009 – II ZR 77/08 –, juris.

Die Behauptung der Funktion der Optimierung des NO_x-Ausstoßes auf dem Prüfstand ist verständlich und nachvollziehbar, sie entspricht einer Funktion, die vom Volkswagenkonzern im Hinblick auf die Abgasrückführung tatsächlich eingesetzt wurde und ist ausreichend für die Vornahme einer rechtlichen Prüfung.

Technische Details oder die Darlegung der Steuerung im einzelnen ist für eine Substantiierung nicht erforderlich, da die Klagepartei dies aus tatsächlichen Gründen nicht leisten kann: diese Details sind gegen den Einblick und Zugriff Dritter zur Wahrung der Betriebsgeheimnisse besonders geschützt.

Einer Partei ist es nicht verwehrt werden, eine tatsächliche Aufklärung auch hinsichtlich solcher Punkte zu verlangen, über die sie selbst kein zuverlässiges Wissen besitzt und auch nicht erlangen kann. Unzulässig wird ein solches prozessuales Vorgehen erst dort, wo die Partei ohne greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts willkürlich Behauptungen "aufs Geratewohl" oder "ins Blaue hinein" aufstellt. vgl. BGH, Beschluss vom 16. April 2015 – IX ZR 195/14 –, juris m.w.N..

Angesichts der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die Beklagte, die für Fahrzeuge der

Beklagten mit gleichem Motor angeordneten Rückrufe, des Umstands, dass auch für zunächst „nur“ für eine freiwillige Servicemaßnahme vorgesehene Fahrzeuge dann doch noch Rückrufe erfolgt sind, jedoch nur für die Fahrzeuge, die das im Rahmen der Servicemaßnahme vorgesehene Update noch nicht aufgespielt erhalten haben, der bisher in technischer Hinsicht weitgehend unbekanntes Vorwürfen der genauen Abschalteneinrichtungen und nachdem auch das klägerische Fahrzeug aktualisiert werden soll, ohne dass die Beklagte bereit ist, sich im Hinblick auf die bereits jetzt feststehenden Änderungen vollständig dazu zu äußern, welche Funktion der Steuerung, insbesondere abhängig von welchen Parametern sie mit dem Update beseitigen will, erscheint die Verdächtigung der Klagepartei, dass die Beklagte es eben doch genauso gemacht hat wie andere Fahrzeughersteller, nicht aus der Luft gegriffen oder ins Blaue hinein.

Auch wenn derzeit eine freiwillige Maßnahme zur Reduzierung von Emissionen vorgesehen ist oder war, bietet auch diese schon greifbare Anhaltspunkte für eine unzulässige Abschalteneinrichtung, denn es handelt sich um eine bloße Änderung der Steuerung unter Einsatz der vorhandenen Bauteile ohne Änderung der Hardware, die bewirkt, dass die Emissionen reduziert werden. Hierbei liegt es nahe, dass die Begrenzungen des Einsatzes der Abgasreinigungstechniken, die ursprünglich möglicherweise aus Motorschutzgründen eingerichtet worden waren, ausgeweitet werden, weil die Notwendigkeit für den Motorschutz doch nicht besteht. Die Beklagte hat sich dahin eingelassen, dass „unter anderem“ bei niedrigen Temperaturen die Abgasrückführungsraten erhöht würden. Solche ursprünglichen Begrenzungen des Einsatzes der Abgasreinigungstechniken lassen sich dem Grunde nach unter eine unzulässige Abschalteneinrichtung subsumieren:

Eine Abschalteneinrichtung ist gemäß Art. 3 Nr. 10 VO (EG) 715/2007 ein Konstruktionsteil, das die Temperatur, die Fahrzeuggeschwindigkeit, die Motordrehzahl (UPM), den eingelegten Getriebeengang, den Unterdruck im Einlasskrümmer oder sonstige Parameter ermittelt, um die Funktion eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems zu aktivieren, zu verändern, zu verzögern oder zu deaktivieren, wodurch die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter Bedingungen, die bei normalem Fahrzeugbetrieb vernünftigerweise zu erwarten sind, verringert wird.

Unstreitig gibt es Konstruktionsteile, die die Außentemperatur messen, um die Abgasrückführung zu steuern und damit ggf. auch zu reduzieren bzw. zu deaktivieren.

Entsprechendes gilt für die etwaig mit dem Update geänderte oder zu ändernde sonstige Steuerung des Emissionskontrollsystems abhängig von bestimmten Parametern.

Auch die Abgasrückführung ist Teil des Emissionskontrollsystems. Weder der Begriff, noch der Sinn und Zweck unterscheidet danach, ob es sich um ein innermotorisches Bauteil handelt oder

um ein Bauteil der Abgasreinigungsanlage. Zum Emissionskontrollsystem gehört jedes Bauteil, das der Kontrolle und Regulierung der Emissionen dient.

Zu den Bedingungen, die bei normalem Fahrzeugbetrieb zu erwarten sind, gehören auch Frosttemperaturen, da Kraftfahrzeuge auch im Winter bzw. bei Frost typischerweise bewegt werden.

Entsprechendes gilt auch für andere vom Update betroffene Funktionen, denn die Verbesserungen der Emissionen durch das Serviceupdate können sich nur ergeben, wenn das Update auch Auswirkungen auf den normalen Fahrzeugbetrieb hat.

Die Wirksamkeit des vorhandenen Emissionskontrollsystems wurde durch die mit dem Update geänderte Funktion(en) verbessert bzw. soll verbessert werden, weshalb die früheren mit dem Update entfernten oder geänderten Funktionen die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems verringert haben.

Nachdem die ursprünglich eingerichteten Begrenzungen heute mit dem Serviceupdate ausgeweitet werden sollen, sind aus heutiger Sicht die mit dem Update ausgeweiteten Begrenzungen nicht notwendig gewesen.

Auch wenn dies nicht bedeutet, dass ehemals eingesetzte Begrenzungen der Abgasreinigungstechniken nicht doch nach dem früheren Stand der Technik notwendig waren oder etwaige Schadensersatzansprüche auch dann an anderen Gründen scheitern können, kann bei einem geplanten Update zur Verbesserung der Emissionen auch bei bislang bestehender Freiwilligkeit der Maßnahmen nicht von einer Behauptung einer unzulässigen Abschaltvorrichtung ins Blaue hinein ausgegangen werden, zumal selbst das KBA die Bedeutung der Änderungen in der Vergangenheit nicht zuverlässig beurteilen konnte und ein Update zunächst bei einem anderen Fahrzeug als freiwilliges Serviceupdate genehmigt hat (verbunden mit der Bestätigung, dass keine unzulässigen Abschaltvorrichtungen vorhanden seien) und dann doch noch einen Rückruf veranlasst hat. Inzwischen ist auch für bestimmte Modelle die Rücknahme eines Rückrufs erfolgt. Selbst das KBA als Fachbehörde mit Einsichtsmöglichkeiten in die Programmierung scheint die Bedeutung bestimmter Funktionen oder das (Nicht-)Vorhandensein bestimmter Funktionen nicht zuverlässig beurteilen zu können.

Ergeben sich schon allein aus dem freiwilligen Serviceupdate greifbare Anhaltspunkte für eine mögliche unzulässige Abschaltvorrichtung, ist es der Klagepartei vor dem Hintergrund, dass die Änderungen mit dem Update von der Beklagten nicht oder allenfalls teilweise offen gelegt werden und es für die Fahrzeuge der Beklagten bislang weitgehend unbekannt ist, welche Strategien bei

der Emissionskontrolle eingesetzt wurden, nicht verwehrt, die Funktionen zu benennen und überprüfen zu lassen, die allgemein für Dieselfahrzeuge bekannt geworden sind, also auch allein prüfstandsbezogene Steuerungsfunktionen.

b)

Die Beklagte hat eine lediglich auf dem Prüfstand aktive Funktion nicht hinreichend bestritten.

Das Bestreiten der Beklagten ist nur dann beachtlich, wenn sie substantiierte Angaben dazu macht, welche ursprünglich geltenden Funktionen abhängig von welchen Parametern mit dem Update beseitigt oder geändert werden.

Anhand dieser Daten wäre jedenfalls für einen Sachverständigen ersichtlich gewesen, ob und in welchem Umfang die durch das Update geänderte oder beseitigte Funktion auch außerhalb des Prüfstand geübt hat. Diese unterlassene Substantiierung führt jedenfalls dazu, dass das Bestreiten der Beklagten nicht hinreichend und damit unbeachtlich ist.

Ob die Partei substantiiert erwidern muss, wird in der Rechtsprechung des BGH nicht ganz einheitlich beantwortet. Zum Teil wird § 138 Abs. 2 ZPO entnommen, dass die Partei, wenn der Gegner seiner Erklärungslast nachgekommen ist, erläutern muss, von welchem Sachverhalt sie ausgeht (BGH, Urteil vom 31. Mai 2017 – VIII ZR 181/16 –, juris, BGH, Urteil vom 04. April 2014 – V ZR 275/12 –, BGHZ 200, 350-362; BGH, Urteil vom 11. März 2010 – IX ZR 104/08 –, juris). Zum Teil wird der Partei ein substantiiertes Bestreiten nur abverlangt, wenn der darlegungspflichtige Gegner außerhalb des von ihm darzulegenden Geschehensablaufs steht und die maßgeblichen Tatsachen nicht kennt, während der Bestreitende alle wesentlichen Tatsachen kennt und es ihm zumutbar ist, nähere Angaben zu machen (BGH, Urteil vom 13. Januar 2011 – III ZR 146/10 –, juris; BGH, Urteil vom 19. April 1999 – II ZR 331/97 – BGH, Urteil vom 07. Dezember 1998 – II ZR 266/97 –, BGHZ 140, 156-166).

Nachdem die Klagepartei außerhalb des darzulegenden Geschehensablaufs steht und die Beklagte zu der entsprechenden Offenlegung der Änderungen gegenüber dem KBA verpflichtet ist, sie diese Änderungen vornehmen (lassen) will, ist es an der Beklagten darzulegen, was sie an dem klägerischen Fahrzeug, das nicht in ihrem Eigentum steht, mit dem Update ändern möchte bzw. welche Funktionen mit dem Update beseitigt oder geändert werden sollen. Dies ist der Beklagten auch zumutbar. Sie muss den maßgeblichen Sachverhalt auch gegenüber dem Kraftfahrtbundesamt vorbringen, da dieses das Update zulassen muss.

Die Klagepartei und auch das Gericht können den maßgeblichen Sachverhalt auch mit Hilfe von Sachverständigen kaum ermitteln, denn die Software ist gegen Zugriffe Dritter geschützt, die Steuerung ist hoch komplex, zudem können die Zusammenhänge ohne Einblick in die Programmierung und ohne Kenntnisse der Steuerung wenn überhaupt nur durch kostspielige und zeitaufwändige Forschungsarbeit ermittelt werden.

Die Klagepartei hat ein besonderes Auskunftsinteresse, nachdem mit dem Update auch in ihr Eigentum eingegriffen wird und bei möglichen Mangelsymptomen nach dem Update für die Klagepartei bei Kenntnis der Änderungen die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhangs mit dem Update abgeschätzt werden kann.

Auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse stehen der Zumutbarkeit der Offenbarung nicht entgegen. Die Motorsteuerung dürfte auf dem Stand von 2013/2014 sein. Für eine Steuerung, die wegen des Updates nicht mehr eingesetzt wird und nicht mehr dem Stand der Technik entspricht, ist jedoch ein Geschäftsgeheimnis in Bezug auf die ggf. unzulässigen, jedenfalls durch das Update wegfallenden, geänderten und nach dem Update nicht mehr eingesetzten Steuerungen nicht erkennbar.

Darüber hinaus berechtigt selbst eine drohende Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit nicht zum wahrheitswidrigem oder unvollständigem Vortrag. Anders als beim strafprozessualen Schweigerecht gibt es im Zivilprozess keine Belehrungspflicht und aus dem Schweigen dürfen nachteilige Schlüsse gezogen werden (vgl. §§ 138, 466 ZPO), insbesondere führt bei schlüssigem Klagevortrag das zivilrechtliche Schweigerecht gem. § 138 Abs. 3 ZPO zum Verlust des Prozesses, vgl. OLG Frankfurt, Beschluss vom 01. Februar 2001 – 24 W 5/01 –, juris; BVerfG, Beschluss vom 13. Januar 1981 – 1 BvR 116/77 –, BVerfGE 56, 37-54.

Damit stehen auch etwaige Rechtsverstöße durch die eingebauten Motorsteuerungsfunktionen der Zumutbarkeit nicht entgegen. Die Beklagte hat die Wahl, entweder die mit dem Update entfallenden Funktionen zu benennen und diesen Sachverhalt rechtlich überprüfen zu lassen oder je nach Zulässigkeit der Klage und Schlüssigkeit des Klägervortrags den Prozess zu verlieren.

Die Pflicht, die mit dem Update geplanten Änderung bzw. nur die mit dem Update wegfallenden Funktionen preiszugeben oder bei entsprechendem klägerischen Vortrag den Prozess zu verlieren, führt insgesamt zu einem angemessenen Ergebnis: Der relevante Sachverhalt kann nach Vortrag der Beklagten mit einer bestätigenden Auskunft des Kraftfahrtbundesamtes jedenfalls nach Vorliegen des Updates geklärt werden und sodann einer rechtlichen Prüfung unterzogen werden.

Auf die Substantiierungslast hat die Einzelrichterin hingewiesen.

Nachdem die Beklagte die mit dem Update zu beseitigende oder zu ändernde Funktionen nicht vollständig offen gelegt hat, war ihr Bestreiten einer nur aus den Prüfstand bezogenen Optimierungsfunktion nicht ausreichend und damit unbeachtlich.

Nachdem sich die Ausführungen der Beklagten auf Beispiele beschränken und zu den früheren Abhängigkeiten bestimmter Funktionen von bestimmten Parametern keine Angaben gemacht werden, geht die Einzelrichterin von weiteren unbenannten Änderungen aus, die dann auch die von der Klagepartei bezeichneten Funktionen betreffen könnten.

Daher geht die Einzelrichterin im vorliegenden Verfahren mangels substantiierten Bestreitens auch von einer Optimierung der NOx-Emissionen lediglich auf dem Prüfstand aus.

2.

Die Voraussetzungen der Haftung gem. § 826 BGB sind erfüllt.

Die Klagepartei hat durch ein Verhalten, nämlich den Einbau einer unzulässigen Abschaltvorrichtung, (a) der Beklagten (b) einen zurechenbaren (d) Schaden (c) erlitten. Die Schadenszufügung erfolgte in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise (e) und mit Schädigungsvorsatz (f).

a)

Das von der Klagepartei erworbene Fahrzeug verstieß jedenfalls zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrags einerseits wegen der Motorsteuerungsfunktion gegen die EG-Fahrzeugemissionen-Verordnung, die Abschaltvorrichtungen (mit hier nicht einschlägigen Ausnahmen) verbietet, andererseits fehlt der Nachweis, dass es zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrags im normalen Betrieb die Anforderungen der Fahrzeugemissionen-Verordnung erfüllte.

Art. 5 Abs. 1 der VO (EG) 715/2007 (Fahrzeugemissionen-VO) verlangt, dass der Hersteller das Fahrzeug so ausrüstet, dass die Bauteile, die das Emissionsverhalten voraussichtlich beeinflussen, so konstruiert, gefertigt und montiert sind, dass das Fahrzeug unter normalen Betriebsbedingungen dieser Verordnung und ihren Durchführungsmaßnahmen entspricht.

Nach Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) 715/2007 (Fahrzeugemissionen-VO) ist die Verwendung von Abschaltvorrichtungen, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen verringern, unzulässig. Dies ist nicht der Fall, wenn:

- a) *die Einrichtung notwendig ist, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen und um den sicheren Betrieb des Fahrzeugs zu gewährleisten;*
- b) *die Einrichtung nicht länger arbeitet, als zum Anlassen des Motors erforderlich ist;*
- c) *die Bedingungen in den Verfahren zur Prüfung der Verdunstungsemissionen und der durchschnittlichen Auspuffemissionen im Wesentlichen enthalten sind.*

Gem. Art. 3 Nr. 10 der VO (EG) 715/2007 ist eine „Abschalteinrichtung“ ein Konstruktionsteil, das die Temperatur, die Fahrzeuggeschwindigkeit, die Motordrehzahl (UpM), den eingelegten Getriebe-
gang, den Unterdruck im Einlasskrümmer oder sonstige Parameter ermittelt, um die Funktion
eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems zu aktivieren, zu verändern, zu verzögern
oder zu deaktivieren, wodurch die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter Bedingun-
gen, die bei normalem Fahrzeugbetrieb vernünftigerweise zu erwarten sind, verringert wird.

Die Motorsteuerungsfunktion, die die NO_x-Emissionen durch eine prüfstandsbezogene Steuerung
eines oder mehrerer Teile des Emissionskontrollsystems nur auf dem Prüfstand optimiert, stellt
eine unzulässige Abschaltvorrichtung dar.

Die Motorsteuerungssoftware ermittelt die Parameter im Sinne der Verordnung, die das Durchlau-
fen des NEFZ erkennen lassen, was zu einer Verbesserung der NO_x-Emissionen nur auf dem
Prüfstand führt, sei es durch Aktivierung einer Funktion auf dem Prüfstand oder Deaktivierung ei-
ner Funktion außerhalb des Prüfstandes, wodurch die Wirksamkeit des Emissionskontrollsys-
tems zur Reduzierung von NO_x bei normalem Fahrbetrieb verringert wird.

Eine der in Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) 715/2007 genannten Ausnahmen liegt nicht vor. Dies wird
von der Beklagten schon gar nicht substantiiert vorgebracht, denn dafür wären die konkreten Pa-
rameter und die davon abhängige Funktion des Emissionskontrollsystems zu benennen.

Nach Art. 5 Abs. 1 der VO (EG) 715/2007 zielt die Verordnung darauf ab, dass Fahrzeuge auch
unter normalen Betriebsbedingungen den Vorschriften der Verordnung entsprechen und zwar -
wie sich aus Art. 1 Abs. 2 und 4 VO (EG) 715/2007 ergibt - auch dauerhaft.

Aus Art. 4 Abs. 1 S. 3 der VO (EG) 715/2007 ergibt sich zudem, dass der Hersteller nachweisen
muss, dass die festgelegten Grenzwerte auch beim Verkauf und bei der Zulassung der Fahrzeu-
ge eingehalten werden.

b)

Die Beklagte hat den Motor einschließlich der Motorsteuerungssoftware mit unzulässiger Abschaltvorrichtung, die zudem eine Überprüfung der normalen Funktion im Straßenbetrieb verhindert, nach ihren Vorgaben entwickelt und eingebaut.

Das Handeln ihrer Mitarbeiter ist der Beklagten über § 31 BGB bzw. § 831 BGB zurechenbar.

Für den Einsatz der Abschaltvorrichtung sind Mitarbeiter der Beklagten verantwortlich.

Der klägerische Vortrag ist ausreichend, die einzelnen Mitarbeiter müssen von Klägerseite nicht benannt werden, das wäre vielmehr Aufgabe der Beklagten im Rahmen des Entlastungsbeweises, vgl. BGH, Urteil vom 19. Juni 1973 – VI ZR 178/71 –, juris.

Der Einsatz der Motorsteuerungssoftware erfolgte im Verantwortungsbereich der Beklagten. Hier greift zugunsten des Klägers die tatsächliche Vermutung, dass bei Mitarbeitern der Beklagten die relevanten Kenntnisse der Steuerung, die Gegenstand langjähriger und umfassender Entwicklungsarbeit sind, bekannt sind und zwar im Hinblick auf die Funktionsweise und den Einsatz.

Hier wäre es an der Beklagten substantiiert zu bestreiten, wie es geschehen sein soll, dass - obwohl das Emissionskontrollsystem vor dem Hintergrund der steigenden gesetzlichen Anforderungen zentraler Gegenstand der Entwicklung ist – die tatsächliche Steuerung und Funktion der Beklagten unbekannt geblieben sein soll.

Die Haftung gemäß § 31 BGB umfasst nicht nur die Verantwortlichkeit für den Vorstand, da der Begriff des verfassungsmäßig berufenen Vertreters weit auszulegen ist und insbesondere rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht hierfür nicht erforderlich ist. Es genügt, dass nach den allgemeinen Betriebsregelungen und Handhabung der Person bedeutsame wesensmäßige Funktionen der juristischen Person zur selbstständigen eigenverantwortlichen Erfüllung zugewiesen sind (vergleiche Palandt, § 31 BGB Rn. 6 m.w.N.).

Nachdem für die Entwicklung der Motorsteuerungssoftware die Zusammenarbeit mehrerer Mitarbeiter erforderlich war, spricht vieles dafür, dass Mitarbeiter mit Leitungsfunktionen hieran beteiligt waren, damit eine solche Teamarbeit funktioniert, zumal im Entwicklungsprozess immer wieder grundlegende Entscheidungen getroffen werden müssen.

Letztlich kann dies jedoch dahinstehen, denn die Mitarbeiter, die von der Software sowie Funktion und Einsatz Kenntnis hatten, haben alle auch den Tatbestand der unerlaubten Handlung, hier §§ 826, 831 BGB, erfüllt und für den ggf. nach § 831 BGB möglichen Entlastungsbeweis hat die Beklagte nichts vorgetragen.

c)

Der Abschluss des Kaufvertrages stellt einen von der Beklagten verursachten Schaden dar.

aa)

Bei Offenlegung der nur auf dem Prüfstand wirksamen Funktionen hätte die Klagepartei den Kaufvertrag nicht abgeschlossen.

Hätte die Beklagte bei dem EG-Typengenehmigungsverfahren offengelegt, dass das Fahrzeug über eine Funktion verfügt, die die NOx-Emissionen nur auf dem Prüfstand verbessert bzw. außerhalb des Prüfstands verschlechtert und die regulären NOx-Emissionen im Straßenverkehr auf dem Prüfstand gar nicht überprüfbar sind, da extra hierfür eine Motorsteuerungssoftware installiert wurde, die den Prüfzyklus erkennt und zur Verbesserung der Stickoxide auf dem Prüfstand eine Funktion aktiviert oder deaktiviert, die zu besseren NOx-Emissionen auf dem Prüfstand führt, hätte sie die EG-Typengenehmigung für das Fahrzeug nicht erlangt.

Dann wäre das Fahrzeug nicht marktgängig gewesen, denn ohne EG-Typengenehmigung, hätte es nicht verkauft werden können. Dann hätte die Klagepartei auch nicht den entsprechenden Kaufvertrag abgeschlossen.

Ohne den vor dem Inverkehrbringen vorliegenden Nachweis der Übereinstimmung mit der VO (EG) 715/2007 hätte der Kaufvertrag nicht abgeschlossen werden können.

bb)

Da der Schadensersatz dazu dient, den konkreten Nachteil des Geschädigten auszugleichen, ist der Schadensbegriff im Ansatz subjektbezogen. Wird jemand durch ein haftungsbegründendes Verhalten zum Abschluss eines Vertrages gebracht, den er sonst nicht geschlossen hätte, kann er auch bei objektiver Werthaltigkeit von Leistung und Gegenleistung dadurch einen Vermögensschaden erleiden, dass die Leistung für seine Zwecke nicht voll brauchbar ist. Die Bejahung eines Vermögensschadens unter diesem Aspekt setzt allerdings voraus, dass die durch den unerwünschten Vertrag erlangte Leistung nicht nur aus rein subjektiv willkürlicher Sicht als Schaden angesehen wird, sondern dass auch die Verkehrsanschauung bei Berücksichtigung der obwaltenden Umstände den Vertragsschluss als unvernünftig, den konkreten Vermögensinteressen nicht angemessen und damit als nachteilig ansieht.

Im Fall einer vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung dient der Schadensersatzanspruch nicht nur dem Ausgleich jeder nachteiligen Einwirkung durch das sittenwidrige Verhalten auf die objektive Vermögenslage des Geschädigten. Vielmehr muss sich der Geschädigte auch von einer auf dem sittenwidrigen Verhalten beruhenden Belastung mit einer „ungewollten“ Verpflichtung wieder befreien können. Schon eine solche stellt unter den dargelegten Voraussetzungen einen gemäß § 826 BGB zu ersetzenden Schaden dar. Insoweit bewirkt § 826 BGB einen Schutz der allgemeinen Handlungsfreiheit und speziell des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts des Einzelnen. So insgesamt BGH, Urteil vom 25.05.2020, Az.: VI ZR 252/19.

Bei einer nur auf bzw. nur außerhalb des Prüfstands wirksamen Funktion liegt der Nachteil des Vertragsschlusses unabhängig von der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung darin, dass der Rückruf und die Stilllegung des Fahrzeugs drohen, diese Nachteile werden nicht durch Vorteile ausgeglichen.

cc)

Das etwaig später durchgeführte Update bleibt unberücksichtigt, es ändert an dem erfolgten früheren Kaufvertragsschluss, also an dem Schadenseintritt nichts.

d)

Der Schaden ist der Beklagten auch zurechenbar, er ist vom Schutzzweck der Norm umfasst, da die EG-Typengenehmigung gerade sicherstellen soll, dass nur Fahrzeuge auf den Markt kommen, die die geltenden Umweltstandards nachgewiesen einhalten.

e)

Die Schadenszufügung erfolgte zudem in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise.

Sittenwidrig ist ein Verhalten, das nach seinem Gesamtcharakter, der durch umfassende Würdigung von Inhalt, Beweggrund und Zweck zu ermitteln ist, gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt.

Die Beklagte hat veranlasst, dass das Fahrzeug mit einem Betriebsmodus zur Prüfung vorgestellt wird, mit der das Fahrzeug sonst nicht läuft.

Die Beklagte hat erhebliche Energie aufgewendet, um die Prüfung der von ihr beabsichtigten Funktionsweise des Fahrzeugs ohne die prüfstandsbezogene Steuerung und der vom Prüfstand abweichenden Steuerung im Straßenbetrieb zu umgehen und den Nachweis der geltenden Um-

weltstandards mit einer nur und ausschließlich für die Prüfung wirksamen Funktionsweise zu erschleichen.

Nachdem dies nicht nur für einen Einzelfall gilt, sondern auf eine über Jahre hinweg ausgelegte Massenproduktion bestimmt war, hierdurch die Umwelt und damit der Lebensraum für die nachfolgenden Generationen, die Gesundheit aller Menschen betroffen ist und die Beklagte all diese, die gesamte Gesellschaft betreffenden Belange hinter ihr eigenes Gewinnstreben angestellt hat, verstößt das Inverkehrbringen der Fahrzeuge gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden. Die ergriffenen Mittel, nämlich die Manipulation ist ebenso verwerflich wie die Mittel-Zweck-Relation, nämlich durch eine Manipulation zur Gewinnerzielung ein Fahrzeug auf den Markt zu bringen, das ohne die Manipulation keine Typengenehmigung erhalten hätte.

f)

Die für die Entwicklung und den Einsatz der Motorsteuerungssoftware mit einer prüfstandsbezogenen Steuerungsfunktion verantwortlichen Mitarbeiter handelten vorsätzlich.

Jeder Mitarbeiter der Beklagten, dem bekannt war, dass die Software eingesetzt wird, die dazu führt, dass nur und ausschließlich auf dem Prüfstand die NOx-Emissionen verbessert, während das Fahrzeug im Normalbetrieb mit schlechteren NOx-Emissionen läuft, für den die Einhaltung der Anforderungen der Fahrzeugemissionen-Verordnung nicht nachgewiesen ist, erfüllt durch seinen Beitrag, dass die so manipulierten Fahrzeuge eine EG-Typengenehmigung erhalten und auf den Markt gebracht werden, obwohl sie die in der Typengenehmigung zugrunde gelegten Werte bei ihrem Betrieb gar nicht nachweisbar erfüllen, den Tatbestand des § 826 BGB.

Sie haben alle die maßgeblichen Kenntnisse der Manipulation sowie der allein auf die Situation der Prüfung beschränkten Verbesserung der NOx-Emissionen sowie der Umstände, dass bei Offenlegung dieser Manipulation keine Typengenehmigung erteilt worden wäre und die Fahrzeuge mangels Erfüllung der bei der Prüfung vorgetäuschten Werte nicht auf den Markt gebracht werden könnten. Darüber hinaus war den Mitarbeitern bekannt, dass dies für alle Dieselfahrzeuge mit entsprechender Motorisierung gilt, dass also massenhaft Fahrzeuge in Verkehr gebracht werden, deren NOx-Ausstoß nur und ausschließlich für eine Prüfung optimiert wird und im normalen Fahrbetrieb das Fahrzeug in einem anderen Betriebsmodus ohne NOx-Emissionen-Optimierung läuft.

Damit haben die jeweiligen Mitarbeiter auch alle Umstände gekannt, die zur Bewertung der Sittenwidrigkeit führen. Für den Vorsatz ist es nicht erforderlich, dass die Mitarbeiter diese Wertung selbst treffen. Der Vorsatz erstreckt sich auch auf die ohne Manipulation nicht erfolgten Vertrags-

schlüsse sei es durch die Beklagte oder durch belieferte Händler einschließlich etwaiger Weiterverkäufe.

Diese Mitarbeiter haben auch bei ihrer auf Vermarktung, Vertrieb und Fortentwicklung gerichteten Mitwirkung am Entwicklungs- und Produktionsprozess diese Umstände billigend in Kauf genommen.

Dies ist nicht mit der Situation der mosaikartigen Zusammenrechnung von Kenntnissen zu vergleichen, bei der die einzelnen Personen die Gesamtzusammenhänge nicht erfassen.

Jeder Mitarbeiter, dem die manipulative Software bekannt ist und auch deren Zweck kennt, kennt alle maßgeblichen Umstände und nimmt diese bei seiner weiteren Mitwirkung billigend in Kauf.

3.

Die Klagepartei hat Anspruch auf Schadensersatz.

Die Klagepartei ist daher so zu stellen, als hätte sie den Kaufvertrag nicht abgeschlossen und andererseits das Fahrzeug nicht erhalten. Sie kann daher den geleisteten Kaufpreis gegen Rückgabe des Fahrzeugs herausverlangen.

Nach der Differenzhypothese sind zur Schadensermittlung das reale Vermögen mit der Vermögenssituation ohne den Vertragsabschluss zu vergleichen. Sind nicht nur Nachteile sondern auch Vorteile entstanden, sind diese bei Bestehen eines adäquaten Kausalzusammenhangs dann ersatzfähig, wenn die Anrechnung dem Zweck des Schadensersatzes entspricht.

Dies hat von Amts wegen (vgl. BGH, Urteil vom 12. März 2009 – VII ZR 26/06 –, juris) zu erfolgen, weshalb auch das Fahrzeug, das aufgrund des Vertrages übergeben wurde, zurückzugeben ist.

Mit dem Kauf des Fahrzeugs hat die Klagepartei auch die Möglichkeit erhalten, das Fahrzeug als Eigentümer zu nutzen und hat dies auch getan.

Eine Anrechnung der Nutzungen ist auch nicht unbillig, denn sie erhält ihre Leistungen zurück und wird von der Darlehensverpflichtung befreit und gibt selbst ein mehrere Jahre von ihr genutztes Fahrzeug zurück.

Unabhängig von der erfüllten Anspruchsgrundlage der vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung geht der Anspruch lediglich auf Schadensersatz, die Klagepartei hat keinen Anspruch auf einen besonderen Gewinn.

Der Geschädigte darf einerseits im Hinblick auf das schadensersatzrechtliche Bereicherungsverbot nicht besser gestellt werden, als er ohne das schädigende Ereignis stünde. Andererseits sind nur diejenigen durch das Schadensereignis bedingten Vorteile auf den Schadensersatzanspruch anzurechnen, deren Anrechnung mit dem jeweiligen Zweck des Ersatzanspruchs übereinstimmt, also dem Geschädigten zumutbar ist und den Schädiger nicht unangemessen entlastet, so BGH, Urteil vom 25.05.2020, Az.: VI ZR 252/19.

Die Klagepartei hat das Fahrzeug ohne Beanstandungen genutzt und hat erst aufgrund des angebotenen Updates bzw. aufgrund von Pressemitteilungen einen Mangelverdacht erlangt. Bei ordnungsgemäßem Verhalten der Beklagten hätte die Klagepartei den vollen Wertverlust des Fahrzeugs durch Abnutzung und Zeitablauf tragen müssen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Klagepartei, wenn sie nicht das streitgegenständliche Fahrzeug hätte erwerben können, ein anderes Fahrzeug ohne entsprechende Software erworben hätte, auch dann hätte sie den vollen Wertverlust dieses Fahrzeugs tragen müssen.

Die Vorteilsanrechnung ist nicht unbillig und vorzunehmen, vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020, Az.: VI ZR 252/19.

Es sind die Nutzungsvorteile bis zur Rückgabe zu berücksichtigen.

Das Gericht schätzt die Gesamtlauflistung des streitgegenständlichen Fahrzeugtyps entsprechend § 287 ZPO unter Berücksichtigung der in der Rechtsprechung angenommenen Lauflistung für vergleichbare Fahrzeuge (vergleiche Auflistung in Reinking / Eggert, Der Autokauf, 13. Aufl. 2017, Rn. 3574) auf 250.000 km.

Danach errechnet sich der Gebrauchsvorteil aus dem Bruttokaufpreis multipliziert mit der Anzahl der gefahrenen Kilometer geteilt durch die verbleibende Gesamtlauflistung.

Konkret bedeutet dies $45.805,78 \text{ €} \times 62.599 \text{ km} / 250.000 \text{ km} = 11.469,58 \text{ €}$. Unter Abzug vom Kaufpreis ergibt sich daher eine Forderung der Klagepartei gegen die Beklagte von noch 34.336,20 €.

Jeder darüber hinausgehende Kilometer führt multipliziert mit einem Faktor von 0,18322 € / km zu einem weiteren abziehbaren Nutzungsersatz gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Die vor dem Hintergrund der von der Klagepartei angenommenen höheren Gesamtlauflistung des streitgegenständlichen Fahrzeugs weitergehende Klageforderung war abzuweisen.

4.

Der deliktische Schadensersatzanspruch ist nicht verjährt.

Die regelmäßige Verjährungsfrist gem. § 195 BGB von drei Jahren beginnt erst mit Entstehung des Anspruchs und Kenntniserlangung des Gläubigers bzw. wenn der Gläubiger die Kenntnis von den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste, § 199 Abs. 1 BGB.

Nachdem eine prüfstandsbezogene Abschaltanlage von der Klagepartei nur angenommen wird, die Beklagte dies bestreitet und keine entsprechende verlässliche Information der Klagepartei mit Bezug auf ihr Fahrzeug vorliegt, liegt keine positive Kenntnis vor.

Grob fahrlässige Unkenntnis setzt subjektiv einen schweren Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt voraus. Der Verkehr verlangt jedoch von dem Geschädigten einer unerlaubten Handlung zum Schutz des Schädigers keine umfangreiche Recherche und Informationsbeschaffung.

Die Verjährungshöchstfrist gem. § 199 Abs. 3 BGB ist noch nicht eingetreten.

6.

Der Zinsanspruch folgt aus § 291 BGB.

II.

Weitergehende Ansprüche ergeben sich auch bei Durchgreifen der Anfechtung oder des Rücktritts nicht.

Dies gilt insbesondere für den weitergehenden Zinsanspruch aus dem Kaufpreis.

1.

Dieser folgt nicht aus §§ 819, 818 Abs. 4, 291, 288 BGB.

Die Annahme des Kaufpreises verstieß nicht gegen die guten Sitten gem. § 819 Abs. 2 BGB. Das Fahrzeug verfügte und verfügt über eine Typengenehmigung.

Kenntnis vom Mangel des rechtlichen Grundes, der gem. § 142 Abs. 2 die Kenntnis der Anfechtbarkeit gleichsteht, lag bei Empfang des Kaufpreises nicht vor.

Der Kaufvertragsschluss ist schon nicht anfechtbar. Details des Typengenehmigungsverfahrens sind nicht offenbarungspflichtig, auch ist dem Angebot eines typengenehmigten Fahrzeugs keine konkludente Erklärung zum Typengenehmigungsverfahren zu entnehmen. Über das Vorliegen einer Typengenehmigung hat die Beklagte nicht getäuscht, diese lag und liegt vor.

Jedenfalls würde § 819 Abs. 1 BGB das Bewusstsein der Beklagten vom fehlenden rechtlichen Grund voraussetzen, dafür genügt die bloße Kenntnis der Tatsachen, auf denen das Fehlen des rechtlichen Grundes beruht, nicht. Auch wenn es hierfür ausreichend ist, wenn sich aus bekannten Tatsachen die Kenntnis vom Mangel des Rechtsgrundes so stark aufdrängt, dass es einem redlich denkenden Empfänger nicht verborgen bliebe, kann hiervon nicht ausgegangen werden, denn trotz Offenlegung der Änderungen an der Steuerung gegenüber dem KBA als Fachbehörde im Rahmen der Genehmigung des freiwilligen Softwareupdates ist ein Rückruf nicht erfolgt.

2.

Auch aus § 849 BGB ergibt sich kein weitergehender Zinsanspruch.

Der vorliegende Sachverhalt passt nicht unter den Wortlaut der Vorschrift.

§ 849 BGB gilt nach dem Wortlaut insbesondere für einen Eigentumseingriff, z.B. durch Diebstahl oder Beschädigung einer Sache, wenn Wertminderung zu leisten ist. Die Weggabe einer Sache wurde der Entziehung gleichgestellt, wenn diese betrugsbedingt erfolgt.

Der gegenseitige Austausch vertraglich vereinbarter Leistungen ist damit nicht vergleichbar.

Auch eine betrugsbedingte Weggabe des Kaufpreises liegt nicht vor, denn es fehlt bereits an einer Täuschung der Beklagten, die zum Vertragsschluss geführt hat. Die Beklagte war bereits an dem Kaufvertragsabschluss nicht beteiligt. Eine ausdrückliche Erklärung der Beklagten über Details ihrer Motorsteuerungssoftware oder zum Ablauf des Typengenehmigungsverfahrens ist nicht erfolgt. Eine Täuschung über die Typengenehmigung als solche liegt nicht vor, nachdem eine solche tatsächlich erteilt worden ist.

Auch konkludent erfolgen zu Details ihrer Motorsteuerungssoftware oder zum Ablauf des Typengenehmigungsverfahrens keine Erklärungen. Solcher bedarf es nicht, denn Details der Motorsteuerungssoftware oder des Typengenehmigungsverfahrens sind von einem Autohersteller gegenüber Endabnehmern grundsätzlich nicht offen zu legen und an dem Typengenehmigungsverfahren ist der Endabnehmer nicht beteiligt.

Auch nach dem Sinn und Zweck ist die Vorschrift nicht passend: Der Zinsanspruch soll mit einem

pauschalieren Mindestbetrag den Verlust der Nutzbarkeit einer Sache ausgleichen, der durch den späteren Gebrauch derselben oder einer anderen Sache nicht nachgeholt werden kann, so BGH, Versäumnisurteil vom 26. November 2007 – II ZR 167/06 –, juris m.w.N..

Hier wurde die fehlende Nutzbarkeit des Kapitals jedoch durch die Nutzbarkeit des Fahrzeugs ausgeglichen. Letztere war unabhängig von der Abschaltvorrichtung uneingeschränkt gegeben.

Auch die Argumentation, dass der Kläger bereits Nutzungersatz leiste, führt nicht zu einer Anwendbarkeit des § 849 BGB, denn dies ändert nichts an den fehlenden Voraussetzungen.

Die Frage der Verzinsung des Kaufpreises ist damit mangels Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen keine Frage des § 849 BGB sondern allenfalls eine Frage der zurück zu gewährenden Leistungen als Rechtsfolge des Schadensersatzes. Zinsen können dann aus dem Kaufpreis verlangt werden, wenn der Kaufpreis ohne Abschluss des Kaufvertrages durch den Kläger angelegt und verzinst worden wäre oder wenn die Beklagte den Kaufpreis angelegt und Zinsen erzielt hätte. Beides liegt nicht vor.

Die Klagepartei hätte, wenn nicht das streitgegenständliche Fahrzeug gekauft hätte, ein anderes Fahrzeug gekauft, ihr sind daher keine Anlagezinsen entgangen bzw. sie war mit der Kaufpreiszahlung bereit, auf die rentierliche Nutzung des Geldbetrags zu verzichten.

Im Fall der Hingabe des Geldes im Wege des Leistungsaustauschs hat nun auch der BGH Delikszinsen nach § 849 BGB bei Erhalt einer in tatsächlicher Hinsicht voll nutzbaren Gegenleistung abgelehnt, vgl. BGH, Urteil vom 30. Juli 2020 – VI ZR 397/19 –, juris.

III.

Der Antrag auf Feststellung des Annahmeverzuges ist zulässig und begründet.

Das Feststellungsinteresse ergibt sich zur Vermeidung eines Angebots im Vollstreckungsverfahren (§ 756 ZPO).

Das wörtliche Angebot ist jedenfalls in der Klageschrift erfolgt.

IV.

Der Anspruch auf vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten folgt aus §§ 826, 31 bzw. 826, 831 BGB.

Der Höhe nach ist der Anspruch auf 1,3 Gebühren beschränkt, eine besondere Schwierigkeit und ein besonderer Umfang sind nicht erkennbar. Der besondere Umfang oder die besondere

Schwierigkeit lassen sich insbesondere nicht damit begründen, dass Schriftsätze entworfen werden, die auf möglichst alle oder viele Fallkonstellationen und Fahrzeuge der Beklagten passen.

1,3 Gebühren aus dem berechtigten Gegenstandswert von bis zu 35.000,00 € zuzüglich Auslagenpauschale und 19 % Umsatzsteuer sind 1.474,89 €.

Die weitergehende Kostenforderung war abzuweisen.

Der Zinsanspruch folgt insoweit aus § 291 ZPO.

V.

Der weitergehende Feststellungsantrag ist unzulässig. Ein Feststellungsinteresse ist mangels weiterer drohender Schäden nicht ersichtlich.

Die Klagepartei befürchtet Langzeitschäden durch das Update oder die Verpflichtung zu Hardware-Nachrüstungen.

Etwaige Schäden infolge des Abspielens hätten ihre Ursache nicht in der ursprünglichen Ausstattung des Fahrzeugs, sondern in der freiwilligen Entscheidung, das Update aufspielen zu lassen.

Verpflichtende Hardwarenachrüstungen sind derzeit nicht ersichtlich.

B)

Die Kostenentscheidung folgt aus § 92 Abs. 1 ZPO, wobei hier auch das Unterliegen im Hinblick auf den Antrag Ziff. 5 zu berücksichtigen war, mit dem die Klagepartei mehr als 12.000,00 € begehrt, auch wenn hiervon nur ein Teil beim Streitwert zu berücksichtigen ist.

Die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 709, 708, 711 ZPO.

Für den Streitwert wurden für den Antrag 1: 38.898,96 €, für den Antrag 4: 4.000,00 € und für den Antrag 5: 1.848,75 €.

Soweit Zinsen aus einem die Hauptforderung übersteigenden Betrag von 6.906,82 € verlangt werden, liegen keine Nebenforderungen vor, weshalb eine Berücksichtigung beim Streitwert zu erfolgen hat.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Landgericht Stuttgart
Urbanstraße 20
70182 Stuttgart

einzu legen.

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als elektronisches Dokument eingelegt werden. Eine Einlegung per E-Mail ist nicht zulässig. Wie Sie bei Gericht elektronisch einreichen können, wird auf www.ejustice-bw.de beschrieben.

Möser
Richterin am Landgericht

Verkündet am 26.02.2021

Selvi, JOSEkr'in
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt
Stuttgart, 08.03.2021



Selvi
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig

